



## Gerechte Bildung in Tübingen

Bildung ist für uns ein Grundrecht. Sie bietet Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen die Chance, ihre Talente und Kompetenzen zu entwickeln, sie fördert die Fähigkeit, mit anderen zu kommunizieren und eigenständig zu denken. Bildung stärkt die Urteilsfähigkeit und das Interesse, sich für das Gemeinwesen einzusetzen. In diesem Sinn gebildete Menschen stellen einen Gewinn für alle Schaffensprozesse dar, ob im Beruf oder im Ehrenamt.

Gerechte Bildung muss in Tübingen auf unterschiedlichen Handlungsfeldern gewährleistet werden, von der Kleinkindbetreuung über die Schulen bis hin zur Universität und Erwachsenenbildung, darüber hinaus im gesellschaftlichen Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Diese Entschließung befasst sich in einem ersten Schritt mit der frühkindlichen und schulischen Bildung.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen gleiche Chancen auf Bildung. Tatsächlich sind die Bildungschancen und entsprechende Bildungserfolge in Deutschland nach wie vor stark vom Bildungsstand der Eltern abhängig. Ein Grund dafür liegt jedoch in der frühen Trennung nach Schularten und der Ausgrenzung von Kindern mit Handicaps. Dem wollen wir in Tübingen entgegenzutreten.

Deshalb fordern wir für alle in Tübingen lebenden Kinder und Jugendliche integrative und inklusive Bildungsangebote, die ganz selbstverständlich Kinder mit Behinderungen und zugewanderte Kinder einschließen.

Um eine chancengerechte, eine gemeinsame, eine umfassende und integrative Bildung zu gewährleisten, muss in Tübingen ein umfangreiches und hochwertiges Angebot an öffentlichen Bildungseinrichtungen mit gut qualifizierten Fachkräften bestehen.

Mit Blick auf die positive Entwicklung bei den Geburten in Tübingen, ist dafür Sorge zu tragen, dass allen Eltern, die eine Betreuung wünschen, ein wohnortnahes Angebot gemacht werden kann.

Auf allen Ebenen und in allen Bereichen der öffentlichen Bildung müssen Zugangsbarrieren und Diskriminierungen vermieden und gegebenenfalls abgebaut werden. Wir fordern insbesondere Gebührenfreiheit für alle öffentlichen Bildungseinrichtungen – und dies ausdrücklich auch für alle vorschulischen Einrichtungen.

Konkrete Schritte zu einem gerechteren Bildungsangebot in Tübingen sind für uns:

### 1.) Frühkindliche Bildung:

- eine qualitativ und quantitativ gute Personalausstattung: um dem Fachkräftemangel vorzubeugen, müssen noch mehr bezahlte, praxisorientierte Ausbildungsplätze (PIA) geschaffen werden. Zudem müssen übertarifliche Leistungen für Erzieherinnen und Erzieher geprüft werden,
- Entlastung des pädagogischen Personals durch hauswirtschaftliche Kräfte,
- Verbesserung der Sprachförderung, um zugewanderte Kinder oder Kinder mit besonderem Förderbedarf frühzeitig zu erreichen,

- interkulturelle und interreligiöse Angebote und eine dafür notwendige Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher,
- ausreichende Räumlichkeiten, die den vielfältigen Interessen der Kinder, auch deren Bewegungsbedürfnis, Rechnung tragen,
- eine Ausstattung der Einrichtungen, die vielfältige Erfahrungen im musischen, gestalterischen sowie Impulse für elementare Erkenntnisse im mathematischen und naturkundlichen Bereich ermöglicht,
- Förderung der Kooperation mit den Grundschulen.

## 2.) Grundschule:

- rasche Umsetzung des Ganztagschulkonzeptes der Stadt mit deutlich besseren personellen Bedingungen als im Landesmodell vorgesehen,
- Schaffung der notwendigen Räume für den Ganztagsbereich,
- in allen Grundschulen: Unterstützung der Kinder bei der Vertiefung des Gelernten durch qualifiziertes, pädagogisches Personal im schulischen Rahmen,
- spezielle Sprachförderangebote für neu zugewanderte Kinder oder solche mit besonderem Förderbedarf,
- Ganztagskonzepte, in denen freizeitpädagogische Angebote an den Interessen der Kinder ausgerichtet sind,
- den weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit zur Beratung und Unterstützung von Eltern und Kindern.

## 3.) Weiterführende Schulen

- Für Kinder der 5. und 6. Klassen sind, wie in den Grundschulen, unterrichtsergänzende Angebote zur Unterstützung des Lernens und freizeitpädagogische Angebote notwendig. Kinder dieses Alters sollen in der Schule weiterhin gefördert und aufgehoben sein.
- Eltern sollen Familie und Beruf besser vereinbaren können. Entsprechende umfassende Angebote gibt es in Tübingen bisher nur für die Schülerinnen und Schüler an Gemeinschaftsschulen. Wir brauchen solche Angebote für alle weiterführenden Schulen.
- Die Gymnasien nehmen in Tübingen die meisten Schülerinnen und Schüler ab der 5. Klasse auf. Sie haben somit schon heute einen großen Anteil am Bildungserfolg in Tübingen und sollen sich gut weiterentwickeln. Durch verstärkte ganztägige Angebote sollen sie zu Orten des „Lebens und Lernens“ werden und individualisiertes Lernen stärker fördern.
- Mit den Gemeinschaftsschulen gehen wir den Weg des gemeinsamen Lernens bis zur 10. Klasse, damit jede Schülerin und jeder Schüler im eigenen Tempo und entsprechend der jeweiligen Begabung lernen kann. Die Gemeinschaftsschule ist der Baustein, der Tübingen zu einem gerechten Bildungsangebot gefehlt hat. In guten Bildungsprozessen bilden sich Kinder und Jugendliche gemeinsam und miteinander. Tatsächlich aber wird Bildung zunehmend zu einem Wettbewerb. Kinder und Jugendliche sollen Vorteile gegenüber anderen erlangen. Dem Wettbewerb um die besten Bildungsabschlüsse für das jeweils eigene Kind wollen wir in Tübingen entgegentreten. Die drei Gemeinschaftsschulen in Tübingen sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die Gemeinschaftsschulen

müssen im Aufbau weiter unterstützt und gestärkt werden. Kooperationen mit den benachbarten Gymnasien, aber auch verstärkte Kooperationen mit Handwerk und Gewerbe ermöglichen ein breites Angebotsspektrum des Lernens. Wir sprechen uns nachdrücklich für die Schaffung einer Oberstufe für die Gemeinschaftsschulen aus. Mit der Gemeinschaftsschule sind dann alle Wege offen sowohl in eine Berufsausbildung wie auch zu Abitur und Studium. Der erwiesenermaßen hohen Belastung der Lehrkräfte muss das Land durch Entlastungsstunden in der Zeit des Aufbaus dieser Schulart Rechnung tragen. Damit Gymnasiallehrkräfte zum Gelingen dieser Schulform beitragen, müssen ihre Stundendeputate an Gemeinschaftsschulen dem am Gymnasium entsprechen.

- Die beruflichen Schulen tragen mit ihren guten Angeboten wesentlich zur Bildung in Tübingen bei. Sei es für eine Berufsausbildung oder auf dem Weg zum Abitur - auch die Schülerinnen und Schüler an diesen Schulen sollen eine optimale Unterstützung erfahren. Für die Weiterentwicklung der Schullandschaft sind die beruflichen Schulen in Tübingen ein wichtiger Baustein. Sie sollen bei den Wegen zum Abitur weiter eine große Rolle spielen. Wir fordern das staatliche Schulamt auf, die Kooperation der Gemeinschaftsschulen mit den beruflichen Schulen aktiv zu unterstützen.
- Der erfolgreiche Umgang mit Heterogenität wird in allen Schularten eine zentrale Rolle spielen. Sowohl auf fachlicher wie auf pädagogischer Ebene müssen Konzepte in der Lehrerausbildung eine größere Rolle spielen, die angehende Lehrkräfte auf individualisiertes Lernen und auf die Anforderungen der Inklusion vorbereiten. Für diese anspruchsvolle Aufgabe streben wir langfristig ein 25-Stunden-Deputat für alle in Sekundarstufe I und II unterrichtenden Lehrkräfte an.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Tübingen werden die Umsetzung dieser Schritte und Maßnahmen mit unseren Abgeordneten auf allen politischen Ebenen verfolgen und einfordern. Insbesondere rufen wir den Tübinger Oberbürgermeister, den Landrat des Kreises Tübingen und die Staatliche Schulverwaltung sowie alle Tübinger Mitglieder in Gemeinderat und Kreistag, Landtag und Bundestag dazu auf, unsere Forderungen aufzugreifen und damit Verantwortung für eine gerechte Bildung in Tübingen zu übernehmen.